

Motion Fraktion SP/JUSO (Sabine Schärer, SP) vom 24. Juni 2004: Re-JOB! Recycling: ökologisch – ökonomisch – sozial; Fristverlängerung

Mit SRB 341 vom 21. Oktober 2004 wurde die folgende Motion erheblich erklärt:

In seiner Antwort vom 25.3.2004 auf das Postulat der SP / JusO betreffend Recycling von Gegenständen aus dem Grobsperrgut erklärte sich der Gemeinderat grundsätzlich bereit, das Anliegen zu unterstützen. Die weiteren Abklärungen ergaben, dass die Vorstudien zur Realisierung der zwei grossen Entsorgungshöfe bereits weit gediehen sind. Demnächst sollen dem Parlament Kreditvorlagen für die Planung und den Grundstückskauf vorgelegt werden. Diese Vorlagen werden durch die PVT erarbeitet. Die Planung und Umsetzung des Recyclingprojekts ist aber nicht allein mit der federführenden PVT zu realisieren, sondern betrifft mit dem sozialen Teil des Projekts den Aufgabenbereich der DSO, konkret den ‚Bereich Arbeit‘, der ökologische Aspekt involviert allenfalls auch die BUI (Stichwort LA21).

Die Projektschwerpunkte sind sowohl sozial (sinnvolle und vielfältige Einsatzplätze für Langzeiterwerbslose) als auch ökologisch (Sensibilisierung für Recyclingthematik) und ökonomisch (sparsamer Umgang mit Ressourcen) ausgelegt. Dazu gehören folgende Elemente:

- Material-Triagestelle
- Führen eines Recyclingladens, wenn möglich mit Beizli
- Aufbau einer ‚Konzeptwerkstatt‘ für Aktivitäten und ökologische Sensibilisierung im Zusammenhang mit ausrangiertem Material (Künstlerworkshops, Kinderaktivitäten, Unterstützung und Zusammenarbeit mit ähnlichen Vorhaben in Quartieren etc.)

Folgende Eckpunkte sind im Rahmen der Projektentwicklung zu klären:

- Organisation / Trägerschaft / Verantwortung (Aufbauorganisation)
- betriebliche Organisation und Abläufe (z.B. Materialannahme direkt von Kunden des Entsorgungshofs, Triage nach ‚Recyclingladen‘ oder ‚anderen für Erwerbslosenprojekt verwendbaren Materialien‘ oder Weitergabe an den Entsorgungshof)
- Anzahl Projektplätze für Langzeiterwerbslose und Arbeitsplätze für Betreuende
- Flächen- und Parkplatzbedarf
- Finanzbedarf und Finanzierung

Auftrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Realisierung des Projekts ‚ReJOB‘, Recycling von Gegenständen aus dem Grobsperrgut als Teil der Entsorgungsstandorte und / oder des Entsorgungskonzepts zu unterbreiten. Dabei kann er dem Bereich Arbeit oder einer anderen Fachstelle den Auftrag zur Erarbeitung eines Detailprojekts erteilen (unter Einbezug der Erfahrungen anderer, wie z.B. dem Projekt ‚Ökihof‘ in Zug).

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 24. Juni 2004

Motion Fraktion SP / JUSO (Sabine Schärner, SP); Margrith Beyeler-Graf, Raymond Anliker, Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Liselotte Lüscher, Oskar Balsiger, Peter Blaser, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Béatrice Stucki, Beat Zobrist, Christian Michel, Guglielmo Grossi, Corinne Mathieu

Bericht des Gemeinderats

Zurzeit betreibt die Abfallentsorgung vier Entsorgungshöfe. Im Rahmen der Umsetzung des Abfallkonzeptes 2003 war vorgesehen, diese durch zwei grosse Entsorgungshöfe auf neuen Terrains zu ersetzen. Dabei hätte auch die Umsetzung des Recycling-Projekts an die Hand genommen werden können. Insbesondere im Rahmen des Projekts „Entsorgungshof Nord“ hätte eine Art Brockenstube neben dem Hof realisiert werden können.

Die Abfallentsorgung kontaktierte verschiedene Betreiber von Brockenhäusern. Zwei der angefragten Brockenhäuser zeigten Interesse am Betrieb einer solchen Brockenstube. Im Vorfeld der Abstimmung zum Entsorgungshof Nord wurde zudem mit der Motionärin vereinbart, dass das Brockenhaus und die Vorsortierung des Sperrguts durch Langzeitarbeitslose sowie andere sozial benachteiligte Personen in das Projekt „Entsorgungshöfe“ aufgenommen werden.

Im Februar 2006 wurde der Entsorgungshof Nord von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Somit kann auch der Entsorgungshof West nicht mehr im ehemals beabsichtigten Umfang weiterverfolgt werden. Deshalb erarbeitet die Abfallentsorgung zurzeit eine neue Strategie für die Entsorgungshöfe. Auch für die Umsetzung des Recycling-Projekts ergibt sich eine neue Ausgangslage.

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Umsetzung des Recycling-Projekts nicht losgelöst von der Frage nach dem zukünftigen Betrieb und der Grösse der Entsorgungshöfe angegangen werden kann und die Festsetzung einer Strategie abgewartet werden sollte. Er beantragt deshalb eine Fristverlängerung bis Dezember 2007.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Sabine Schärner, SP) vom 24. Juni 2004: ReJob! Recycling: ökologisch – ökonomisch – sozial; Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Beantwortung der Motion bis Ende Dezember 2007.

Bern, 8. November 2006

Der Gemeinderat